



Handwritten notes: "Tüchtig" and "03" with a circle around it.

UNHCR-Position zur zwangsweisen Rückführung abgelehnter Asylsuchender nach Angola

Angesichts der katastrophalen humanitären und menschenrechtlichen Situation in Angola zeigt sich UNHCR besorgt über Maßnahmen einiger EU-Mitgliedsstaaten zur zwangsweisen Rückführung abgelehnter angolanscher Asylbewerber nach Angola.

Die Lage in Angola ist derzeit durch eine tiefgreifende Krise sowohl im Hinblick auf die innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit als auch auf die Regierbarkeit und die politische und wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet. Beinahe jede größere Stadt in Angola befindet sich gegenwärtig im Belagerungszustand. Dabei kommt es zu erbitterten Artilleriegefechten zwischen Regierungstruppen und UNITA-Kräften. Der durch wahllose Erschießungen, Artilleriebeschuß, Hinterhalte, Infanteriegefechte und Landminen geprägte Krieg hat bereits erneut hunderte Menschenleben gekostet. Sowohl durch die Regierung als auch die UNITA werden nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder zum Dienst an der Waffe gezwungen.

Nach Informationen von UNHCR sind beinahe zwei Millionen Angolaner Opfer von Vertreibungen innerhalb des Landes geworden, während mehr als 300.000 Menschen Zuflucht in Nachbarstaaten Angolas gesucht haben. Weitere drei Millionen Menschen leben unter katastrophalen Bedingungen eingeschlossen in Städten und Dörfern, die durch den Krieg und insbesondere durch Minenfelder von der Außenwelt abgeschnitten sind. Nur wenige der größeren Städte verfügen noch über eine intakte Verwaltung, ausreichende Wasserversorgung, eine funktionierende medizinische Versorgung oder sonstige Infrastruktur. Hunger und Seuchen stellen eine weitere ernsthafte Bedrohung für die angolansische Bevölkerung dar. Berichten zufolge sterben täglich mindestens 200 Angolaner allein an den Folgen von Unterernährung.

Nach übereinstimmender Einschätzung vieler Beobachter, einschließlich jener der Europäischen Union, ist die Lage in Angola derzeit wie kaum in einem anderen Land von Unsicherheit und Ausweglosigkeit geprägt. Der größte Teil der betroffenen Bevölkerung kann von den Nothilfeprogrammen humanitärer Organisationen nicht erreicht werden. Bekanntlich hat die UN-Friedensmission für Angola MONUA im Februar 1999 ihre Arbeit eingestellt. Zahlreiche in Angola vertretene Staaten haben in der Zwischenzeit ihre diplomatischen Missionen auf ein Minimum verkleinert und warnen eigene Staatsbürger eindringlich vor Reisen nach Angola. Verschiedene humanitäre Organisationen, darunter auch UNHCR, haben ihre Aktivitäten in beinahe allen Teilen des Landes eingestellt oder zumindest eingeschränkt und verbliebenes Personal und Ausrüstungsgegenstände nach Luanda verbracht. Die wenigen Organisationen, die ihre Hilfseinsätze in Angola in nennenswertem Maße aufrecht zu erhalten versuchen, stoßen bei ihrer Arbeit auf unzählige Hindernisse und Schwierigkeiten, vor allem einen gravierenden Mangel benötigter Hilfsgüter. Es steht zu befürchten, dass die sich weiterhin verschärfende Sicherheitslage auch die letzten Hilfsprogramme zum baldigen Erliegen bringt.

Auf der Grundlage der dem UNHCR zur Verfügung stehenden Informationen und der Analyse der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Situation in Angola hat UNHCR Regierungen aufgefordert, von unfreiwilligen Rückführungen abgelehnter angolischer Asylsuchender nach Angola abzusehen. UNHCR ist überzeugt, dass abgelehnte Asylsuchende, die zur Rückkehr gezwungen werden, schwerwiegenden Sicherheitsrisiken und unzumutbaren Notlagen ausgesetzt sind. UNHCR fordert daher die Staaten auf, Abschiebungen abgelehnter Asylsuchender nach Angola, einschließlich nach Luanda, vorübergehend so lange auszusetzen, bis klare und deutliche Fortschritte zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes in Angola vorliegen.

September 1999